

(in der Fassung vom 30. Juli 2009)

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

- § 1 Zweck der Masterprüfung
- § 2 Akademischer Grad
- § 3 Aufbau des Studiengangs, ECTS-Credits, Regelstudienzeit
- § 4 Aufbau der Prüfungen, Prüfungsfristen
- § 5 Ständiger Prüfungsausschuss (StPA)
- § 6 Prüfer und Beisitzer
- § 7 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 8 Versäumnis, Rücktritt, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schutzfristen, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 9 Lehr- und Prüfungssprachen
- § 10 Bildung der Noten
- § 11 Zeugnis und Urkunde

II. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

- § 12 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 13 Studienbegleitende Prüfungstermine
- § 14 Durchführung und Wiederholung von studienbegleitenden Prüfungen
- § 15 Studienbegleitende Prüfungen zu fachfremden Lehrveranstaltungen

III. Masterprüfung

- § 16 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 17 Zulassungsverfahren zur Masterprüfung
- § 18 Masterarbeit
- § 19 Ergebnisse der Masterprüfung

IV. Schlussbestimmungen

- § 20 Ungültigkeit der Masterprüfung
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 22 Rechtsmittel
- § 23 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

Anhang

Anhang 1: Modulkombinationen im Masterstudium

Anhang 2: Studienplan mit Semestereinteilung und Leistungspunkten

Präambel

Aus Gründen der Lesbarkeit sind in dieser Prüfungsordnung nicht die männliche und die weibliche Sprachform nebeneinander aufgeführt. Alle personenbezogenen Aussagen gelten stets für Frauen wie für Männer. Frauen können alle Amts-, Status-, Funktions- und Berufsbezeichnungen, die in dieser Prüfungsordnung in der männlichen Sprachform verwendet werden, in der entsprechenden weiblichen Sprachform führen.

I. Allgemeines**§ 1 Zweck der Masterprüfung**

Die Masterprüfung bildet einen wissenschaftlichen und berufsqualifizierenden Abschluss im Fach Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance). Durch die Masterprüfung soll der Kandidat zeigen, dass er vertiefte Fachkenntnisse aufweist und in der Lage ist, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten und wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden. Ziel der Ausbildung ist der Erwerb moderner wissenschaftlicher Methoden der Wirtschaftswissenschaften und der Mathematik und die Befähigung, diese auf wirtschaftswissenschaftliche und mathematische Fragestellungen anzuwenden.

§ 2 Akademischer Grad

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Universität Konstanz den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) in der Fachrichtung Mathematische Finanzökonomie (Master of Science in Mathematical Finance).

§ 3 Aufbau des Studiengangs, ECTS-Credits, Regelstudienzeit

- (1) Die Regelstudienzeit des Masterstudiums beträgt vier Semester.
Es handelt sich um einen stärker forschungsorientierten Studiengang im Sinne der ländergemeinsamen Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Master-Studiengängen entsprechend dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003.
- (2) Das Lehrangebot des Masterstudiums ist in Module (d.h. Kurse und Seminare) gegliedert. Grundsätzlich erstreckt sich das Lehrangebot über die ersten drei Semester, während das vierte Semester der Anfertigung der Masterarbeit dient. Für die Masterarbeit werden 20 ECTS-Credits vergeben.
- (3) Im Masterstudiengang sind insgesamt 120 ECTS-Credits zu erwerben. Die Module mit den damit verbundenen ECTS-Credits sind in Anhang 1 enthalten. Die Anhänge 1 und 2 sind Bestandteil dieser Prüfungsordnung.
- (4) Die für die Semester angegebenen ECTS-Credits sind Mindestvorgaben. Sie dürfen im gesamten Masterstudium um maximal 6 ECTS-Credits überschritten werden.
- (5) Im Rahmen des Masterstudiums wird ein Auslandssemester (vorzugsweise im 3. Semester) ausdrücklich empfohlen. Ebenso wird eine berufspraktische Tätigkeit im Umfang von mindestens zwei Monaten ausdrücklich empfohlen.

- (6) Bei dem Masterstudiengang Mathematische Finanzökonomie handelt es sich um einen konsekutiven Studiengang, der auf dem Bachelorstudiengang Mathematische Finanzökonomie aufbaut. Zusammen haben diese beiden Studiengänge eine Regelstudienzeit von fünf Jahren und umfassen einen Studienumfang von insgesamt 300 ECTS-Credits.

§ 4 Aufbau der Prüfungen, Prüfungsfristen

- (1) Die Masterprüfung umfasst studienbegleitende Prüfungsleistungen zu den in § 3 Abs. 3 genannten Modulen sowie eine Masterarbeit gemäß § 18. Die Anzahl der studienbegleitenden Prüfungsleistungen richtet sich nach der Wahl der Studierenden und dem Umfang der Lehrveranstaltungen. Studienbegleitende Prüfungsleistungen, die schon Bestandteil einer abgeschlossenen Bachelorprüfung waren, können für die Masterprüfung nicht anerkannt werden.
- (2) Hat ein Kandidat in einer Prüfung eine Fristüberschreitung nicht zu vertreten, gewährt der Ständige Prüfungsausschuss (StPA) dem Kandidaten auf schriftlichen Antrag unter Vorlage der entsprechenden Nachweise eine Verlängerung der Frist, innerhalb derer die Prüfung abzulegen ist.
- (3) Hat ein Studierender die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, erteilt der Vorsitzende des Ständigen Prüfungsausschusses mit Unterstützung des Zentralen Prüfungsamts einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (4) Hat ein Studierender eine Prüfung endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch verloren, so erlischt die Zulassung zu diesem Studiengang (§ 32 Abs. 1 Satz 5 LHG).
- (5) Auf Antrag und gegen Vorlage der Exmatrikulations-Bescheinigung wird dem Studierenden eine Bescheinigung ausgestellt, die die bis dahin erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die für den entsprechenden Prüfungsabschnitt fehlenden Prüfungsleistungen enthält und die erkennen lässt, dass die entsprechende Prüfung endgültig nicht bestanden bzw. der Prüfungsanspruch erloschen ist.

§ 5 Ständiger Prüfungsausschuss (StPA)

- (1) Für die Durchführung und Organisation der Prüfungen wird ein Ständiger Prüfungsausschuss Mathematische Finanzökonomie (StPA) gebildet. Der StPA wird bei der Organisation von Prüfungen vom Zentralen Prüfungsamt unterstützt. Er trifft die im Rahmen der Prüfungsverfahren erforderlichen Entscheidungen nach Maßgabe der Prüfungsordnung, soweit in dieser Prüfungsordnung oder anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist. Der StPA kann dem Vorsitzenden widerruflich die Erledigung einzelner Aufgaben übertragen.
- (2) Der StPA achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Der Ständige Prüfungsausschuss kann Anregungen zur Reform des Studienplans und der Prüfungsordnung geben.

(3) Der StPA besteht aus:

1. vier Hochschullehrern, davon zwei aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und zwei aus dem Fachbereich Mathematik und Statistik,
2. je einem akademischen Mitarbeiter aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und aus dem Fachbereich Mathematik und Statistik,
3. zwei Studierenden des Bachelor- und/oder Master-Studiengangs Mathematische Finanzökonomie, mit beratender Stimme,
4. den Fachbereichsreferenten des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften und des Fachbereichs Mathematik und Statistik mit beratender Stimme.

Für die Mitglieder entsprechend Ziffer 1 bis 3 werden jeweils Vertreter bestimmt.

- (4) Die Amtszeit der Mitglieder gemäß Abs. 3 Nr. 1 und 2 beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des jeweiligen Fachbereichsrats durch die Studienkommission Mathematische Finanzökonomie.
- (5) Der StPA wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter aus der Gruppe der Professoren. Stammt der Vorsitzende aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, so muss sein Vertreter aus dem Fachbereich Mathematik und Statistik stammen und umgekehrt.
- (6) Die Mitglieder des StPA haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.
- (7) Die Mitglieder des StPA und die Prüfer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (8) Für Prüfungen in fachbereichsfremden Fächern werden die erforderlichen Entscheidungen im Einvernehmen mit dem StPA und dem für das andere Fach jeweilig zuständigen Prüfungsausschuss getroffen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Zentrale Prüfungsausschuss der Universität, der zu diesem Zweck durch zwei sachkundige Mitglieder des Lehrkörpers der jeweilig zuständigen Fachbereiche, darunter wenigstens einen Hochschullehrer gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 LHG, erweitert wird. Diese werden entsprechend der Satzung des Zentralen Prüfungsausschusses bestellt.

§ 6 Prüfer und Beisitzer

- (1) Der StPA bestellt die Prüfer und für mündliche Prüfungen die Beisitzer, insoweit diese benötigt werden. Dabei wird dem Kandidaten ein Vorschlagsrecht eingeräumt; der Vorschlag begründet keinen Anspruch. Der StPA kann die Bestellung dem Vorsitzenden übertragen.
- (2) Zum Prüfer werden in der Regel Professoren, Juniorprofessoren, Hochschuldozenten und Privatdozenten bestellt. Akademische Mitarbeiter mit langjähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit können als Prüfer bestellt werden, wenn ihnen das Rektorat auf Vorschlag des betreffenden Sektionsvorstands nach § 52 Abs. 1 Satz 6 LHG die Prü-

fungsbefugnis übertragen hat. Die Ausgabe von Themen für die Master-Arbeiten und die Betreuung solcher Abschlussarbeiten können nur Professoren, Juniorprofessoren, Hochschuldozenten oder Privatdozenten, übertragen werden, nicht aber akademischen Mitarbeitern, selbst wenn ihnen die Prüfungsbefugnis nach Satz 2 übertragen wurde.

- (3) Die studienbegleitenden Prüfungen werden in der Regel von dem Leiter der jeweiligen Lehrveranstaltung abgenommen. Der StPA kann im Interesse eines geordneten Lehr- und Prüfungsbetriebes hiervon abweichende Festsetzungen treffen.
- (4) Akademische Mitarbeiter und Lehrbeauftragte können ausnahmsweise zu Prüfern bestellt werden, wenn Prüfer gem. Abs. 2 Satz 1 nicht in genügender Anzahl zur Verfügung stehen.
- (5) Zum Beisitzer einer mündlichen Prüfung darf nur bestellt werden, wer die entsprechende Abschlussprüfung im Master-Studiengang Mathematische Finanzökonomie oder eine mindestens gleichwertige Prüfung abgelegt hat.
- (6) Der Vorsitzende des StPA sorgt dafür, dass den Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden.
- (7) Prüfer und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 7 Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in dem gleichen Studiengang an einer Universität oder an einer gleichgestellten Hochschule in Deutschland und in der gleichen Veranstaltung werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt.
- (2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden anerkannt, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Die Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und den Anforderungen denjenigen des Masterstudiengangs Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance) im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Für die Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Ausland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Die Anerkennung der Masterarbeit ist nicht möglich. Es kann maximal die Hälfte (nach Maßgabe der Leistungspunkte gemäß Anhang 1) der studienbegleitenden Prüfungsleistungen anerkannt werden. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag der StPA.
- (3) Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die vor Aufnahme des Masterstudiums in Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance) an der Universität Konstanz erbracht wurden, kann nur gemeinsam mit der Zulassung beantragt werden. Spätere Anträge werden nicht mehr berücksichtigt.
- (4) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten universitären Fernstudien sowie in staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsaka-

demien gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.

- (5) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 bis 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Studierende hat die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (6) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ („passed“) aufgenommen. Eine Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet.

§ 8 Versäumnis, Rücktritt, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schutzfristen, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als nicht ausreichend (5,0) bewertet, wenn der Kandidat ohne rechtzeitige Angabe triftiger Gründe zur Prüfung nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne Angabe triftiger Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem StPA unverzüglich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, so wird dem Kandidaten mitgeteilt, dass er sich zum nächsten Prüfungstermin der Prüfung zu unterziehen hat. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen, sofern der bereits absolvierte Prüfungsteil abtrennbar ist von dem noch ausstehenden Teil der Prüfung.
- (3) Macht ein Kandidat durch Vorlage eines ärztlichen Attests glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger gesundheitlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so gestattet ihm der Vorsitzende des StPA, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.
- (4) Auf Antrag einer Kandidatin sind die Mutterschutzfristen, wie sie im jeweils gültigen Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (MSchG) festgelegt sind, entsprechend zu berücksichtigen. Dem Antrag sind die erforderlichen Nachweise beizufügen. Die Mutterschutzfristen unterbrechen jede Frist nach dieser Prüfungsordnung; die Dauer des Mutterschutzes wird nicht in die Frist eingerechnet.
- (5) Gleichfalls sind die Fristen für die Elternzeit nach Maßgabe des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Elterngeld und Elternzeit (BEEG) auf Antrag zu berücksichtigen. Der Kandidat muss bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er die Elternzeit antreten will, dem Prüfungsausschuss unter Beifügung der erforderlichen Nachweise schriftlich mitteilen, für welchen Zeitraum oder für welche Zeiträume er die Elternzeit in Anspruch nehmen will. Der Prüfungsausschuss hat zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, die bei einem Arbeitnehmer einen Anspruch auf Elternzeit nach dem BEEG auslösen würden, und teilt dem Kandidaten

das Ergebnis sowie ggf. die neu festgesetzten Prüfungsfristen unverzüglich mit. Die Bearbeitungsfrist der Masterarbeit der Abschlussprüfung kann nicht durch die Elternzeit unterbrochen werden. Das gestellte Thema gilt als nicht vergeben. Nach Ablauf der Elternzeit erhält der Kandidat ein neues Thema.

- (6) Versucht der Kandidat, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit nicht ausreichend (insufficient, 5,0) bewertet. Ein Kandidat, der sich eines Verstoßes gegen die Ordnung der Prüfung schuldig gemacht hat, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als nicht bestanden. Belastende Entscheidungen des StPA sind dem Kandidaten unverzüglich mitzuteilen, schriftlich zu begründen und mit Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor einer Entscheidung des StPA ist dem Kandidaten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.
- (7) Im Falle einer wiederholten oder besonders schwerwiegenden Täuschung kann der StPA den Studierenden von der Wiederholungsprüfung ausschließen mit der Folge des Verlustes des Prüfungsanspruchs in diesem Studiengang.

§ 9 Lehr- und Prüfungssprachen

- (1) Lehrveranstaltungen werden in englischer oder deutscher Sprache abgehalten. Der Leiter der Lehrveranstaltung legt die Sprache fest. Über Ausnahmen entscheidet der StPA.
- (2) Studien- und Prüfungsleistungen können regelmäßig in englischer oder deutscher Sprache erbracht werden. Der Leiter der Lehrveranstaltung kann die Sprache festlegen. Über Ausnahmen entscheidet der StPA.

§ 10 Bildung der Noten

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:
- 1 = sehr gut = very good = eine hervorragende Leistung;
 - 2 = gut = good = eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
 - 3 = befriedigend = satisfactory = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
 - 4 = ausreichend = sufficient = eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
 - 5 = nicht ausreichend = insufficient = eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen sind Zwischenwerte durch Erniebrigen oder Erhöhen der Notenziffern um 0,3 zulässig. Die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (2) Bei Prüfungsleistungen, die von mehr als einem Prüfer bewertet werden, ergibt sich die Prüfungsnote aus dem arithmetischen Mittel der von den Prüfern nach Abs. 1 erteilten Noten. Bei der Bildung der Noten für einzelne Prüfungsleistungen wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Bei der Bildung der Modulnoten gilt diese Regelung entsprechend.
- (3) Die Gesamtnote der Masterprüfung wird aus den nach ECTS-Credits gewichteten Durchschnittsnoten der einzelnen Module sowie aus der nach ECTS-Credits gewichteten Note der Masterarbeit gebildet. Hierbei werden die Durchschnittsnoten eines jeden Moduls als ebenfalls ECTS-gewichtetes arithmetisches Mittel der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen des jeweiligen Moduls berechnet.
- (4) Bei allen Notenberechnungen gilt, dass stets die Mindestzahl an ECTS-Credits nach den Anhängen 1 und 2 und nicht die tatsächlich absolvierte Punktezahl einer Lehrveranstaltung oder eines Moduls zugrundegelegt wird.
- (5) Die jeweilige Prüfungsnote lautet:
 - bei einem Durchschnitt bis 1,5 = very good
 - bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 = good
 - bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 = satisfactory
 - bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 = sufficient
 - bei einem Durchschnitt über 4,0 = insufficient
- (6) Eine Prüfung ist "bestanden", wenn die Prüfungsnote mindestens "ausreichend" = "sufficient" (4,0) beträgt.

§ 11 Zeugnis und Urkunde

- (1) Hat ein Studierender die Masterprüfung bestanden, so erhält er über die Ergebnisse ein Zeugnis. Dieses enthält die Noten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen und die Note und das Thema der Masterarbeit sowie die Gesamtnote.
- (2) Hat ein Kandidat eine Gesamtnote bis 1,2 erreicht, so wird das Prädikat "mit Auszeichnung" = "with distinction" verliehen.
Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Studierenden eine Urkunde ausgehändigt, mit der die Verleihung des akademischen Mastergrades beurkundet wird. In der Urkunde für die Masterprüfung wird das Studienfach mit „Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance)“ angegeben.
- (3) Zeugnis und Urkunde werden vom Vorsitzenden des Zentralen Prüfungsausschusses der Universität Konstanz und dem Fachbereichsprecher unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Konstanz versehen. Als Datum ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

- (4) Zeugnis und Urkunde werden jeweils einmal in deutscher und einmal in englischer Sprache ausgestellt.
- (5) Jedem Zeugnis wird ein Diploma Supplement nachdem European Diploma Supplement Model beigefügt.

II. Studienbegleitende Prüfungsleistungen

§ 12 Art der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen sind für Kurse (im Regelfall Vorlesung mit begleitender Übung) und Seminare zu erbringen.
- (2) Die studienbegleitende Prüfungsleistung in einer Vorlesung erfolgt im Regelfall durch eine Abschlussklausur zu Semesterende. Eine Abschlussklausur dauert in der Regel zwischen einer und zwei Stunden. Ein Teil der Gesamtnote einer Lehrveranstaltung kann für Prüfungsleistungen während des Ablaufs der Lehrveranstaltung vergeben werden, z.B. aufgrund von Zwischenprüfungen, Hausarbeiten oder Kurzvorträgen. Der Leiter der Lehrveranstaltung gibt zu Veranstaltungsbeginn bekannt, welche Prüfungsleistungen in der Veranstaltung erbracht werden können bzw. müssen und wie sich die Gesamtnote für die Lehrveranstaltung zusammensetzt.

Die Lehrveranstaltung ist erfolgreich absolviert, wenn der gewichtete Durchschnitt aller Prüfungsleistungen mindestens „ausreichend“ ist. Einzelne Teilprüfungsleistungen können nicht gesondert wiederholt werden, sondern nur im Rahmen der Wiederholung der gesamten Lehrveranstaltung. Der Leiter der Lehrveranstaltung kann von diesen Regelungen abweichen und z.B. festlegen, dass eine bestimmte Teilprüfungsleistung bestanden werden muss oder gesondert wiederholt werden kann; er muss dies zu Veranstaltungsbeginn bekannt geben.

- (3) Klausuren können zum Teil oder zur Gänze in Form des Antwort-Wahl-Verfahrens (Multiple Choice) durchgeführt werden. Für die Bewertung der Prüfungsleistung nach dem Antwort-Wahl-Verfahren werden die richtig oder falsch beantworteten Teilfragen unter Beachtung der folgenden Grundsätze in Leistungspunkte und Noten umgerechnet:
 - a) Richtig beantwortete Teilfragen liefern positive Wertungspunkte.
 - b) Falsch beantwortete Teilfragen liefern negative Wertungspunkte.
 - c) Nicht beantwortete Teilfragen oder Antworten zu Teilfragen, die nicht die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten verwenden, werden nicht gewertet.
 - d) Werden Teilfragen zu Frageblöcken gebündelt, so kann die Addition der positiven und negativen Wertungspunkte auf jeden Fragenblock in der Form beschränkt werden, dass die Gesamtbewertung des Fragenblocks schlechtestenfalls null Wertungspunkte beträgt.
 - e) Für die Umrechnung der Wertungspunkte in Leistungspunkte ist die erreichbare Höchstpunktzahl (HPZ) maßgeblich.

- 10 -

- f) Die Umrechnung erfolgt nach folgendem Schema:
- | <i>Wertungspunkte</i> | <i>Leistungspunkte in %</i> |
|-----------------------|-----------------------------|
| HPZ | 100 |
| $0 < X < \text{HPZ}$ | $100 (X / \text{HPZ})$ |
| 0 | 0 |
| $X < 0$ | 0 |
- g) Werden Leistungspunktintervalle vorgegeben, so werden an Stelle der errechneten Leistungspunkte innerhalb eines Intervalls jeweils die Leistungspunkte an der Obergrenze des Intervalls gewertet.
- h) Der Prüfer hat die Zuordnung von Leistungspunktintervallen zu den Noten gemäß § 10 vor der Prüfung bekannt zu geben.

- (4) Die studienbegleitende Prüfungsleistung zu einem Seminar erfolgt durch eine schriftliche Hausarbeit und einen Seminarvortrag.

§ 13 Studienbegleitende Prüfungstermine

- (1) In jedem Semester werden im Regelfall für die studienbegleitenden Prüfungsleistungen jeweils zwei Prüfungstermine für die schriftlichen Prüfungen (Klausuren) angeboten, von denen der erste am Ende der Vorlesungszeit des jeweiligen Semesters und der zweite zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters liegt.
- (2) Der erste Klausurtermin am Ende der jeweiligen Vorlesungszeit muss zwingend wahrgenommen werden. Der zweite Klausurtermin zu Beginn der Vorlesungszeit des Folgesemesters wird nur für Kandidaten angesetzt, deren erste Klausur mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet wurde oder die an dem ersten Prüfungstermin aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht teilnehmen konnten. Der StPA kann Ausnahmen auf Antrag des Veranstaltungsleiters zulassen.
- (3) Die Termine für die Anmeldung zu den studienbegleitenden Prüfungen werden öffentlich unter Angabe einer Ausschlussfrist durch Aushang bekannt gegeben.
- (4) Mit der Anmeldung zur ersten studienbegleitenden Prüfung im Masterstudium muss der Kandidat beim StPA die Zulassung zu den studienbegleitenden Prüfungen des Masterstudiums beantragen.
- (5) Zugelassen werden kann nur, wer an der Universität Konstanz im Masterstudiengang Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance) immatrikuliert ist und den Prüfungsanspruch in diesem Studiengang nicht verloren hat. Dem Zulassungsantrag ist der Immatrikulationsnachweis beizufügen. Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn ein Kandidat die Zulassungsvoraussetzungen nicht nachweist.
- (6) Der Kandidat hat sich zu den einzelnen Klausuren entsprechend den vom StPA festgelegten Richtlinien anzumelden. Dies gilt auch für eine Wiederholungsprüfung, sofern eine vorherige Klausur in diesem Fachgebiet mit der Note „nicht ausreichend“ („insufficient“) bewertet wurde.
- (7) Wer in einer Lehrveranstaltung eine Gesamtnote „ausreichend“ („sufficient“) (4,0) oder besser erzielt hat, kann an einer Wiederholungsprüfung nicht teilnehmen.

- (8) Für studienbegleitende Prüfungsleistungen, die vor der Abschlussklausur eines Kurses erbracht werden, ist keine Zulassung oder Anmeldung erforderlich. Ablauf und Durchführung dieser Prüfungsleistungen werden vom Dozenten zu Beginn des Kurses schriftlich bekannt gegeben. Die Noten dieser Prüfungsleistungen werden mit der Note der Abschlussklausur zu einer Gesamtnote für den Kurs verrechnet. Hierbei gelten die Bestimmungen aus § 12 Abs. 2.
- (9) Für Seminare werden Leistungsnachweise erstellt. Für diese Seminare gibt es ein separates Anmeldeverfahren, das spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn des jeweiligen Semesters durch Aushang bekannt gegeben wird. Die Leistungsnachweise zu diesen Seminaren werden benotet.

§ 14 Durchführung und Wiederholung von studienbegleitenden Prüfungen

- (1) Jede studienbegleitende Prüfungsleistung kann einmal wiederholt werden. Kann eine Wiederholungsprüfung nicht zu den in § 13 Abs. 1 genannten Terminen abgelegt werden, wird sie im Rahmen der gleichen Lehrveranstaltung im folgenden Studienjahr abgelegt. Zwei Semester nach Ablauf der Frist, in der die studienbegleitenden Prüfungen abzulegen sind, besteht kein Prüfungsanspruch mehr für diese Prüfungen, es sei denn, der Studierende hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.
- (2) Ist das Ergebnis einer Wiederholungsprüfung wiederum nicht ausreichend, so kann der StPA den Kandidaten zu einer zweiten Wiederholungsprüfung zulassen, wenn seine sonstigen Leistungen dies rechtfertigen.
- (3) Ein Kandidat kann höchstens zweimal zu einer zweiten Wiederholungsprüfung zugelassen werden.

§ 15 Studienbegleitende Prüfungen zu fachfremden Lehrveranstaltungen

- (1) Anmeldung, Zulassung, Durchführung, Form, Umfang und Bewertung von Prüfungen zu Lehrveranstaltungen im fachbereichsfremden Wahlpflichtfach richten sich nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung des Studienganges, zu dessen Curriculum die betreffende Lehrveranstaltung gehört. Im Übrigen gilt § 5 Abs. 8.
- (2) Eine Prüfungsleistung zu einer fachfremden Lehrveranstaltung muss durch einen Nachweis belegt werden, der eine Note und den zeitlichen Umfang sowie die ECTS-Credits der Lehrveranstaltung enthält.

III. Masterprüfung

§ 16 Art und Umfang der Masterprüfung

Die Masterprüfung besteht aus:

- a) den studienbegleitenden Prüfungsleistungen in allen Modulen des Anhangs 1,
- b) der Masterarbeit.

§ 17 Zulassungsverfahren zur Masterprüfung

- (1) Das Zulassungsverfahren und die Zulassungsvoraussetzungen zu den studienbegleitenden Prüfungsleistungen der Masterprüfung sind in § 13 geregelt.
- (2) Die Zulassung zur Masterarbeit soll unmittelbar nach dem Bestehen der letzten studienbegleitenden Prüfung beantragt werden und erfolgt in den Semesterferien vor Beginn des letzten (im Regelfall vierten) Fachsemesters. Ausnahmen sind nur nach schriftlichem Antrag beim StPA möglich. Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich über den Vorsitzenden an den StPA zu stellen. Der Antrag kann den Vorschlag für ein Thema und die Benennung eines Prüfers (Betreuers) der Masterarbeit enthalten. Ein Anspruch auf Berücksichtigung eines solchen Vorschlags besteht nicht.
- (3) Wird nicht innerhalb von zwei Monaten nach dem Bestehen der letzten studienbegleitenden Prüfung die Zulassung zur Masterarbeit beantragt, so teilt der StPA dem Kandidaten ein Thema und die Prüfer zu, wobei ein Prüfer gleichzeitig als Betreuer der Masterarbeit bestellt wird. Über Ausnahmefälle entscheidet auf schriftlichen Antrag der StPA.
- (4) Zur Masterarbeit kann nur zugelassen werden, wer
 1. an der Universität Konstanz im Masterstudiengang Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance) immatrikuliert ist,
 2. seinen Prüfungsanspruch in diesem Masterstudiengang nicht verloren hat,
 3. und studienbegleitende Prüfungsleistungen gemäß § 3 Abs. 3 und den Anhängen zu dieser Prüfungsordnung im Umfang von insgesamt mindestens 80 ECTS-Credits erbracht hat.
- (5) Die Zulassung erfolgt mit der Auflage, dass der Studierende bei Erbringung der Prüfungsleistungen, einschließlich ggf. erforderlicher Wiederholungen, immatrikuliert ist. Die Immatrikulation ist ggf. durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung nachzuweisen.
- (6) Über die Zulassung entscheidet der StPA. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in Abs. 4 genannten Bedingungen nicht erfüllt sind, der Antrag unvollständig ist oder der Kandidat eine Master- oder Diplomprüfung im Studiengang Mathematische Finanzökonomie (Mathematical Finance) oder einem vergleichbaren Studiengang an einer Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch verloren hat.

§ 18 Masterarbeit

- (1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass der Kandidat in der Lage ist, ein Problem aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften und/oder Mathematik innerhalb einer vorgegebenen Zeit nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu bearbeiten.
- (2) Die Bearbeitungszeit der Masterarbeit beträgt vier Monate. Thema, Umfang und Aufgabenstellung sind so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Masterarbeit eingehalten werden kann. Die Frist zur Bearbeitung der Masterarbeit beginnt spätestens drei Monate nach dem Bestehen der letzten studienbegleitenden Prüfung bzw. dem Erwerb des letzten noch ausstehenden Leistungsnachweises mit der Ausgabe

des Themas. Über Ausnahmen entscheidet der StPA. Auf begründeten Antrag des Kandidaten kann der StPA die Bearbeitungszeit um bis zu einen Monat verlängern. Die Ausgabe des Themas und die Bestellung der Prüfer durch den StPA werden aktenkundig gemacht.

- (3) Tritt bei der Bearbeitung der Masterarbeit ein Hinderungsgrund ein, den der Kandidat nicht zu vertreten hat und der die Durchführbarkeit der Arbeit grundsätzlich in Frage stellt oder wird nach Ablauf der Verlängerungsfrist nach Abs. 2 Satz 4 weiter ein vom Kandidaten nicht zu vertretender Hinderungsgrund geltend gemacht, gilt das Thema als nicht ausgegeben und der Kandidat erhält ein neues Thema.
- (4) Das Thema einer Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb einer Woche nach Ausgabe zurückgegeben werden. In diesem Fall erhält der Kandidat unverzüglich ein neues Thema. Die Ausgabe des neuen Themas einer Masterarbeit und die Bestellung der Prüfer erfolgen durch den StPA und werden durch den StPA aktenkundig gemacht.
- (5) Die Masterarbeit ist fristgemäß in drei gebundenen oder gehefteten Exemplaren sowie in elektronischer Form über den Vorsitzenden beim StPA abzugeben, davon verbleibt ein Exemplar bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens beim StPA.
- (6) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Er hat bis zum Abschluss des Prüfungsverfahrens die Materialien verfügbar zu halten, welche die eigenständige Abfassung der Arbeit belegen können.
- (7) Die Begutachtung der Masterarbeit erfolgt durch zwei Prüfer. Die Prüfer müssen Professoren oder Juniorprofessoren an der Universität Konstanz im Sinne von § 10 Abs. 1 Nr. 1 LHG oder an dieser Universität tätige Hochschul- oder Privatdozenten oder prüfungsberechtigte akademische Mitarbeiter gem. § 6 Abs. 2 sein. Mindestens ein Prüfer muss hauptamtlich am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften oder Mathematik tätig sein. Die Prüfer legen in der Regel binnen sechs Wochen nach Abgabe der Masterarbeit ihre Gutachten mit der Benotung dem Prüfungsamt vor.
- (8) Eine Masterarbeit ist bestanden, wenn die Note mindestens „ausreichend“ („sufficient“) lautet; sie ist nicht bestanden, wenn die Note „nicht ausreichend“ („insufficient“) lautet. Für die Masterarbeit werden 20 ECTS-Credits vergeben.
- (9) Lautet die Note eines der Prüfer mindestens „ausreichend“ („sufficient“) und die Note des zweiten Prüfers „nicht ausreichend“ („insufficient“), so wird vom StPA ein dritter Prüfer bestellt. Bewertet das dritte Gutachten die Arbeit mindestens mit „ausreichend“ („sufficient“), so ist die Abschlussarbeit bestanden. Die Note wird in diesem Fall mit 4,0 festgelegt oder aus den Noten der drei Gutachten ermittelt, falls dieser Wert niedriger ist. Lautet die Note des dritten Gutachtens „nicht ausreichend“ („insufficient“), so ist die Masterarbeit nicht bestanden.
- (10) Wird eine Masterarbeit mit der Note „nicht ausreichend“ („insufficient“) bewertet, so besteht unbenommen der Regelung in § 8 Abs. 7 eine einmalige Wiederholungsmöglichkeit. Die erneute Ausgabe eines Themas soll in einem Zeitraum von drei Monaten nach der Mitteilung des ersten Ergebnisses erfolgen. Eine zweite Wiederholung der Abschlussarbeit ist ausgeschlossen. Eine Rückgabe des zweiten Themas innerhalb

der in Abs. 4 genannten Frist ist nur zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Abschlussarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.

§ 19 Ergebnisse der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle in § 16 genannten Prüfungsleistungen mindestens mit „ausreichend“ („sufficient“) bewertet wurden.
- (2) Die Note der Masterprüfung berechnet sich gemäß § 10 Abs. 3.
- (3) Kann eine der mit „nicht ausreichend“ („insufficient“) bewerteten Prüfungen nicht mehr wiederholt werden, so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.

IV. Schlussbestimmungen

§ 20 Ungültigkeit der Masterprüfung

- (1) Hat ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wurde diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der StPA nachträglich die betreffenden Noten berichtigen und gegebenenfalls die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der StPA.
- (3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die entsprechende Urkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und 2, Satz 2 ist nach einer Frist von 5 Jahren, gerechnet vom Datum des Prüfungszeugnisses an, ausgeschlossen.
- (5) Die Aberkennung des akademischen Grades richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 22 Rechtsmittel

Der Kandidat kann gegen die Entscheidungen im Prüfungsverfahren, die einen Verwaltungsakt darstellen, Widerspruch erheben (§§ 68 ff. VwGO). Den Widerspruchsbescheid erlässt der Prorektor für Lehre auf Vorschlag des Zentralen Prüfungsausschusses, der hierzu den StPA zu hören hat.

§ 23 In-Kraft-Treten

Die Prüfungs- und Studienordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz in Kraft.

Anhänge

Anmerkung:

Diese Prüfungsordnung wurde in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Konstanz Nr. 44/2009 vom 30. Juli 2009 veröffentlicht.

Anhang 1: Module im Masterstudium

Modulbezeichnung		ECTS-Credits	Sem.
	Mathematik der MFOe		
MSc- MFOe -101	Theorie und Numerik der PDGL	9	1
MSc- MFOe -102	Zeitreihenanalyse*	9	2/4
MSc- MFOe -103	Stochastik III*	9	2/4
MSc- MFOe -104	Numerik SDGL	5	2
	Wirtschaftswissenschaften der MFOe		
MSc- MFOe -201	Financial Econometrics	8	1
MSc- MFOe -202	International Finance	6	1
MSc- MFOe -203	ABWL 3 Internes Rechnungswesen und Controlling	5	1
MSc- MFOe -205	Portfolio Management	6	3
MSc- MFOe -206	Risk Management	8	3
MSc- MFOe – Seminar Sem1	Seminar	5	2
MSc- MFOe – Seminar Sem2	Seminar	5	3
MSc- MFOe –xyz	Wahlfach Alle Masterkurse der Fachbereiche Wirtschaftswissenschaften und Mathematik, die nicht in anderen Modulen genannt wurden. Weitere Fächer können vom StPA genehmigt werden und werden bekannt gegeben.	25	2/3
MSc-QE-MT	Masterarbeit (Master Thesis)	20	4
Gesamtsumme		120	

*) die Kurse werden in zweijährigem Wechsel angeboten

Anhang 2: Studienplan mit Semestereinteilung und Leistungspunkten

		MATHEMATIK		ECTS Mathe		Interdisziplinär		ECTS Inter		WIWI		ECTS WiWi	ECTS total	SWS	
SS 4	Zeitreihen- analyse	Alt. Zeit fuer Stochastik III					Master Arbeit								
	9	0		9			20	20				0	29	19	
WS 3					Wahlfach		Seminar		Portfolio Management		Risiko Management				
				0	15		5	20	6		8	14	34	23	
SS 2	Alt Zeit fuer Zeitreihen- analyse	Stochastik III	Numerik SDGL		Wahlfach		Seminar								
	0	9	5	14	7		5	12				0	26	17	
WS 1	Theor+Num. PDGL=VM AnalNum				Wahlfach				Financial Econometrics	International Finance	ABWL 3 Internes Rechnungsw. + Controlling				
	9			9	3			3	8	6	5	19	31	21	
				32					55					33	120